

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates TTE (Energie) am 26. Juli 2022 in Brüssel

Am 26.07.2022 fand mit dem ao. Rat TTE die erste formelle Tagung der Energieminister:innen unter CZ VS statt. Den Vorsitz führte Jozef Síkela, Minister für Industrie und Handel. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die EK war durch VP Frans Timmermans (Ein europäischer Grüner Deal) und KM Kadri Simson (Energie) vertreten.

Der Rat konnte nach schwierigen Verhandlungen einem Kompromisstext zur Verordnung des Rates über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage zustimmen. Der Text enthält nun zwar einige Ausnahmen, dennoch ist die Verabschiedung der Verordnung ein wichtiges Signal an Russland und die Welt und eine Botschaft der Solidarität und Geschlossenheit. Vor diesem Hintergrund konnten letztlich 26 von 27 Mitgliedstaaten den Kompromisstext mittragen. Einzig Ungarn stimmte dagegen mit der Begründung, dass die nationalen Besonderheiten Ungarns (hoher Gasverbrauch für die Heizung von 85% der Haushalte sowie ein bereits gut gefüllter Speicher) im Text nicht widerspiegelt seien.

Österreich betonte die Ernsthaftigkeit der Situation und dankte der Europäischen Kommission und dem Vorsitz für die Arbeit und die koordinierten Maßnahmen für den Fall eines Versorgungsengpasses. Es sei wichtig, dass man zu einer Einigung komme und ein starkes Zeichen der Solidarität setze. Solidarität sei die angemessene Reaktion auf die russische Aggression und wichtig für das Vertrauen der Bürger:innen. Man halte die aktive Rolle des Rates bei der Ausrufung des Unionsalarms und die Konsultation der Risk Groups sowie der Gas-Koordinierungsgruppe für wichtig. Im Falle eines Unionsalarms werde es rasch staatliche Beihilfen brauchen und die Regeln für staatliche Beihilfen müssten verlängert werden. Mehr Tempo brauche es von der EK auch bei der Inbetriebnahme der

Energieplattform, um auch den Gaseinkauf gemeinsam und koordiniert abwickeln zu können.

Die Kommission kündigte an, einen Fortschrittsbericht vor dem nächsten Rat Energie am 25.10.2022 vorlegen zu wollen. Der Vorsitz schlussfolgerte, dass die Mitgliedstaaten den Text billigen und der Annahme im schriftlichen Verfahren nach Überprüfung durch die Sprachjurist:innen zustimmen würden.

Des Weiteren diskutierten die Minister:innen zum Thema Energieversorgungssicherheit in der EU und weitere Maßnahmen vor dem nächsten Winter und gaben Einblick in die bereits getätigten nationalen Maßnahmen, sowie in die Erwartungshaltungen gegenüber der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten. Die Kommission wurde von Deutschland, Kroatien, Österreich, Portugal, Bulgarien, Luxemburg und Rumänien aufgefordert, die Arbeiten zur Energieplattform voranzutreiben.

Die Europäische Kommission (VP Timmermans) verwies eingangs nochmals auf die russischen Bestrebungen, die EU Einheit zu untergraben. Wenn Russland die Gaslieferungen komplett einstelle, würde dies bestimmt in dem Moment geschehen, in dem es die EU am meisten treffe. Man müsse mehr tun, um diese anhaltende Vulnerabilität zu beenden. Durch zusätzliche Einsparungen und Solidarität könnte man das erreichen. KM Kadri Simson verwies auf das „Save Gas for a Safe Winter“ Paket. Das Ziel des gesamten Plans sei es eine Notfallsituation zu vermeiden, um die Industrie und Haushalte zu schützen. Die Mitgliedstaaten hätten dabei sehr viel Flexibilität in der Umsetzung des Plans und könnten frei entscheiden, welche Maßnahmen genutzt werden und in welchen Sektoren interveniert werde, wobei marktbasierende Instrumente zu bevorzugen seien. Frühzeitige Handlungen auf der Nachfrageseite seien jedenfalls effektiver, weniger kostenintensiv und leichter übertragbar auf viele ökonomische Sektoren. Man prüfe weiterhin verschiedene Optionen eines Gaspreisdeckels. Parallel dazu werde weiterhin an einer Optimierung des Elektrizitätsmarktdesigns gearbeitet, welches die erhöhte Preisvolatilität und den höheren Anteil an erneuerbarer Energie berücksichtige.

Österreich betonte, dass es Solidarität in der EU brauche und die EU zeigen müsse, dass man auch Dinge voranbringen könne. Österreich tue national alles in seiner Macht stehende, um die Speicher zu füllen und Importrouten zu diversifizieren. Dazu habe man eine gesetzliche „use it or lose it-Regelung“ für Gasspeicher eingeführt. Seit Anfang August könne daher der Speicher in Haidach, welcher durch eine GAZPROM-Tochter vermarktet wurde, wieder befüllt werden. Der öffentliche Sektor habe eine Vorbildfunktion, die man

wahrnehmen müsse. Für den Beginn der Heizperiode 2022 habe man eine Energiesparkampagne geplant. Das nationale Programm für den Heizkesseltausch sei nachgefragt wie nie zuvor, bei einkommensschwachen Haushalten könne bis zu 100 % des Tausches gefördert werden. Man arbeite auch an einem Förderprogramm für den Tausch von Geräten mit besonders hohem Verbrauch mit einem Fokus auf einkommensschwache Haushalte. Man arbeite auch an der Aufrüstung eines bereits stillgelegten Kohlekraftwerkes. Bezüglich der Energieplattform brauche es mehr Tempo und Fokus. In der EU sei man bezüglich der Gasversorgung aufeinander angewiesen, man teile sich Speicher und Leitungsnetze, ebenso ginge es um Durchleitungen und Koordination, insbesondere bei einem Lieferstopp. Das bedeute, dass Zusammenarbeit unerlässlich sei. Man begrüße daher den Austausch in bestehenden Gremien der Europäischen Union wie z.B. der Gas-Koordinierungsgruppe. Im Falle eines Lieferstopps bzw. des Unionsalarms brauche es auch rasche staatliche Beihilfen, man müsse Unternehmen unterstützen, die vom Gas umstellen wollen. Die jetzige Situation erfordere Flexibilität von allen. Die Energiewende und hin zu den Erneuerbaren Energien sei der Weg. Man habe dies in Österreich mit dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz auf dem Weg gebracht, am Vortag habe man auch mit der Novelle des UVP-Gesetzes eine Verfahrensbeschleunigung im Geiste des REPowerEU Pakets in Begutachtung geschickt. Es brauche auch dringend eine Beschleunigung bei der Herstellung von Wärmepumpen, dem Einsatz der Geothermie sowie der Ausbildung zusätzlicher Fachkräfte.

Unter TOP Sonstiges stellte Griechenland einen Vorschlag für eine Gestaltung des Strommarkts zur Entkopplung der Strompreise von den drastisch steigenden Gaspreisen vor. Die Kommission kündigte eine breite Konsultation hierzu an, für welche der ACER Bericht als Stütze dienen würde, die Prüfung werde allerdings breitere Möglichkeiten umfassen als der Bericht.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. September 2022

i.V. Dr. Alma Zadic
Bundesministerin